



Umfrage zur Rechtsentwicklung 2015

	<i>Chinas Staatsführung hat die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit als eine wesentliche Aufgabe definiert. Welche Trends sind zu beobachten?</i>	<i>Was bedeutet die Stärkung des Wettbewerbsrechts für das Engagement ausländischer Unternehmen in China?</i>	<i>Welche Auswirkungen hat die neue Sicherheitsgesetzgebung für das Tagesgeschäft ausländischer Firmen in China?</i>
Baker McKenzie www.bakermckenzie.com	Die chinesische Staatsführung ist an einer weiteren Verrechtlichung wirtschaftlicher und verwaltungsrechtlicher Prozesse interessiert. Sie hat die mangelnde Rechtsdurchsetzung als eine der großen Herausforderungen erkannt. Aus diesem Grund arbeitet sie daraufhin, dass Verwaltungs- und Justizorgane bestehende Gesetze konsequenter und transparenter anwenden. Diese Entwicklung ist, ebenso wie eine weitere Professionalisierung der Justiz, zu begrüßen und wird die Rechtssicherheit in China tätiger Unternehmen erhöhen. Eine Herausforderung bleibt jedoch, dies auch konsequenter auf lokaler Ebene umzusetzen.	Ausländische Unternehmen können von einer Stärkung des chinesischen Wettbewerbsrechts profitieren. Entschließt sich die chinesische Staatsführung, die angekündigten Reformen tatsächlich im Sinne höherer Wettbewerbsgleichheit umzusetzen, bedeutet dies mehr Chancengleichheit für ausländische Unternehmen in China, vor allem im Verhältnis zu chinesischen Konkurrenten. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang jedoch, dass die generellen gesetzlichen Regelungen durch Verordnungen oder Entscheidungen weiter ausgeführt werden, damit ausländische Unternehmen mit mehr Rechtssicherheit am Markt agieren können.	Im Juli 2015 ist das neue Sicherheitsgesetz verabschiedet worden. Darüber hinaus haben etliche Behörden Verordnungen erlassen, die ebenfalls auf »nationale Sicherheit« Bezug nehmen. Der neuen Gesetzgebung liegt im Wesentlichen der sehr vage Begriff der »nationalen Sicherheit« zugrunde, auf deren Basis Beschränkungen durch die Behörden vorgenommen werden können. Die fehlende Bestimmtheit bedeutet eine Rechtsunsicherheit für ausländische Unternehmen, da häufig im Einzelfall nicht vorhersehbar ist, ob eine bestimmte Maßnahme aus Sicht der zuständigen Behörden gegen Chinas »nationale Sicherheit« verstößt.
Beiten Burkhardt www.beiten-burkhardt.com	Die Gesetzesdurchsetzung ist strenger geworden, so im Kartell-, Umwelt- und Steuerrecht sowie bei der Korruptionsbekämpfung. Aktuelle Gesetzesänderungen zielen auf die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Dazu zählen das Gesetz zu Verwaltungsrechtsstreitigkeiten, eine im Vergleich zur Vergangenheit weitreichendere Veröffentlichung von Gerichtsurteilen und ein Meldesystem bei illegaler Einflussnahme auf Richter. Es besteht aber nach wie vor ein gewisser Mangel an Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit von Verwaltungen und in eine unabhängige Justiz aufgrund der Machtkonzentration der Partei. Die strengere Gesetzesdurchsetzung scheint oft politisch motiviert und selektiv zu erfolgen.	Ausländische Unternehmen müssen ihre Absatzorganisation in China genau beobachten und Compliance-Programme stärken. Das chinesische Wettbewerbsrecht verbietet Preisabsprachen und sieht in Korruptionsfällen empfindliche Sanktionen bis hin zum Verlust der Geschäftslizenz vor. War in diesen Jahren die Autoindustrie im Visier der Ermittler, so ist zu erwarten, dass weitere Branchen sukzessive untersucht werden. Da diese Entwicklung in China relativ neu ist, befinden sich sowohl die Behörden als auch die betroffenen Unternehmen in einem Lernprozess. Unternehmen müssen hier in China zusätzliche Kapazitäten aufbauen.	Die Gesetze beziehungsweise Entwürfe – Gesetze zur Nationalen Sicherheit, zur Terrorismusbekämpfung, zur Gegenspionage, zu ausländischen Nichtregierungsorganisationen, zur Internetsicherheit – werden das Tagesgeschäft der Firmen nur punktuell betreffen, so den IT-Bereich. Wird der Entwurf des Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung umgesetzt, könnten Verschlüsselungstechnologien umfassender als bisher chinesischen Behörden zu melden sein, Internetbetreiber müssten Behörden Zugriff auf Inhalte gestatten und personenbezogene Daten müssten auf Servern in China gespeichert werden. Außerdem wird die Sicherheitsüberprüfung bei Investitionen ausgeweitet.
Bird & Bird www.twobirds.com	Die auf dem Parteiplenum 2014 propagierte Stärkung des Prinzips der rechtmäßigen Regierungsausübung dient in erster Linie der Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den lokalen Behörden, um sie in höherem Maße als bisher zu kontrollieren und zu disziplinieren. Dies ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des nun zwei Jahre andauernden Kampfes gegen die Korruption zu sehen. Es wäre falsch, dies als Bewegung in Richtung einer echten Rechtsstaatlichkeit, wie der Begriff in Deutschland verstanden wird, zu deuten. Erwartungen an eine stärker rechtsgebundene Führung mit daraus abzuleitenden einklagbaren Rechten von Bürgern und Unternehmen würden enttäuscht werden.	Die Schaffung eines in der Praxis verbindlichen Wettbewerbsrechts bedeutet auch für ausländische Unternehmen einen Standortvorteil Chinas. Allerdings setzt dies voraus, dass die Umsetzung auch transparent und gleichmäßig im Hinblick auf die unterschiedlichen in China tätigen Unternehmen erfolgt. Dies scheint bei vielen bisher bekannt gewordenen Fällen nicht durchgängig der Fall zu sein. Insofern kann der Eindruck, es würden neben der Durchsetzung objektiver Gesetzesbestimmungen auch wirtschaftspolitische Ziele verfolgt, von den zuständigen Behörden nicht immer glaubwürdig entkräftet werden.	Das Gesetz zur Nationalen Sicherheit und der Entwurf des Gesetzes zur Cybersicherheit spiegeln den Trend zur stärkeren staatlichen Kontrolle wider. Besorgnis haben zahlreiche sehr weitgehende und nur vage umrissene Eingriffsrechte der Behörden hervorgerufen. Ausländische Firmen insbesondere im IT-Sektor werden das im Tagesgeschäft stärker spüren, sobald das Gesetz zur Cybersicherheit in Kraft tritt. Flankiert werden diese neuen Bestimmungen von Maßnahmen, ausländischen Unternehmen den Zugang zum IT-Markt zu erschweren, mit denen sich China offenbar von ausländischen Technologien gerade im IT-Bereich unabhängig machen will.



Umfrage zur Rechtsentwicklung 2015

	<i>Chinas Staatsführung hat die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit als eine wesentliche Aufgabe definiert. Welche Trends sind zu beobachten?</i>	<i>Was bedeutet die Stärkung des Wettbewerbsrechts für das Engagement ausländischer Unternehmen in China?</i>	<i>Welche Auswirkungen hat die neue Sicherheitsgesetzgebung für das Tagesgeschäft ausländischer Firmen in China?</i>
Burkardt & Partner www.BKTlegal.com	Eine wichtige Säule der Rechtsstaatlichkeit ist die Vorhersehbarkeit von Gerichtsentscheidungen. Die oft uneinheitlichen Entscheidungen chinesischer Gerichte sind für ausländische Investoren ein Unsicherheitsfaktor. Da es bisher mit Ausnahme der Entscheidungen des Obersten Volksgerichtshofes nur dezentrale Veröffentlichungen von Gerichtsurteilen gab und eine Kommentierung von Gesetzen unüblich ist, blieben Gerichte bei der Begutachtung schwieriger Rechtsfragen oft auf sich selbst gestellt und kamen durch den fehlenden Meinungs- und Gedankenaustausch nicht selten zu unterschiedlichen Ergebnissen. Abhilfe soll jetzt eine zentrale Entscheidungsdatenbank bringen.	2014/2015 gab es einige interessante Neuerungen, um fairen Wettbewerb zu sichern. So müssen Automobilhersteller bisher als vertraulich behandelte und nur ausgewählten Vertragshändlern zugängliche technische Daten veröffentlichen, was vielfach als »unfaire Beschränkung des Marktes« angesehen wurde. Die neue Regelung ermöglicht es nun auch unabhängigen Werkstätten und Drittherstellern, Reparaturen durchzuführen oder Ersatz- und Zusatzteile herzustellen. Dies wird den bislang eingeschränkten Wettbewerb steigern sowie für einen erhöhten Preisdruck in diesem Teil der chinesischen Automobilindustrie sorgen.	Konkrete rechtliche Auswirkungen für ausländische Unternehmen in China sind kaum zu erwarten, wenn deren geschäftliche Aktivitäten nicht gerade in einen »sicherheitsrelevanten Bereich« fallen. Weitere Gesetze zum Schutz der Staats- und öffentlichen Sicherheit sind geplant. Ein Gesetz für Netzwerksicherheit liegt im Entwurf vor. Es betrifft nicht nur die Sicherheit der Netzwerke an sich, sondern enthält auch Vorschriften zur Verwaltung und Speicherung von Daten chinesischer Bürger in solchen Netzwerken. Es erlegt Unternehmen strenge Pflichten auf, wie persönliche Daten chinesischer Bürger, die in Netzwerken gesammelt werden, zu behandeln sind.
CMS, China www.cmslegal.cn	2014 stand »Rechtsstaatlichkeit« erstmals im Mittelpunkt eines Parteipenums: Gefordert wurden eine größere Unabhängigkeit der Justiz sowie die Fortsetzung der Verwaltungsreform. Machtmissbrauch und Korruption sollen eliminiert und lokale Gerichte den Provinzen unterstellt werden. In der revidierten Fassung des Verwaltungsprozessrechts vom 1. Mai 2015 wurde der Anwendungsbereich auf missbräuchliche Maßnahmen zur Wettbewerbsbeschränkung und Beschaffung von Geldmitteln erweitert. Es gibt erste Erfolge. In der lokalen Umsetzung wird aber manchmal über das Ziel hinausgeschossen. So können Ehepartner von Richtern in Shanghai nicht mehr als zugelassene Rechtsanwälte arbeiten.	Die Stärkung des Wettbewerbsrechts geht mit einer Präzisierung der rechtlichen Anforderungen sowie einer Zunahme von Verfahren wegen Wettbewerbsverstößen einher. Während im vergangenen Jahr vor allem die Automobilindustrie im Blick der Kartellwächter stand, kommt es mittlerweile auch in anderen Branchen, so IT und Telekommunikation, verstärkt zu Ermittlungen. Dabei wird gezielt auch gegen ausländische Unternehmen vorgegangen. Ausländische Unternehmen müssen sich darauf einstellen, dass wettbewerbsrechtliche Ermittlungen weiter zunehmen werden und die Einhaltung wettbewerbsrechtlicher Anforderungen an Bedeutung gewinnt.	Das am 1. Juli 2015 verabschiedete Sicherheitsgesetz wurde außerhalb Chinas überwiegend kritisch aufgenommen. Weitreichende Lebensbereiche, etwa das politische System, die Souveränität und territoriale Integrität Chinas, Umwelt und Gesundheit, das Finanzsystem, Cyber-Sicherheit sowie nicht näher definierte »wichtige nationale Interessen« können als sicherheitsrelevant eingestuft werden. Kritiker befürchten, dass hierdurch umfassende staatliche Eingriffsbefugnisse geschaffen werden. Die Auswirkungen auf das Tagesgeschäft von Unternehmen sind noch nicht absehbar. Es ist zu erwarten, dass die allgemeinen Compliance-Anforderungen zunehmen werden.
Pinsent Masons LLP www.pinsentmasons.com	Chinas Antikorruptionskampagne bewirkt, dass die Behörden bei der Anwendung der Gesetze und Durchführungsvorschriften strikter die Regularien zu befolgen haben, da sonst persönliche Sanktionen für die Beamten drohen. Weniger Korruption und mehr Compliance führt zu mehr Vorhersehbarkeit von behördlichen Entscheidungen und stärkt damit insgesamt die Rechtsstaatlichkeit und das Investitionsklima für ausländische Unternehmen. Entscheidend ist, dass diese Kampagnen auch lokal und nachhaltig umgesetzt werden.	Unternehmen und Manager begeben sich in ein signifikantes Risiko, wenn Regelungen heute deshalb nicht eingehalten werden, weil diese in der Vergangenheit nicht durchgesetzt wurden. Dies ist haftungsrechtliches Roulette und zeigt sich exemplarisch am Wettbewerbsrecht. Dem Wettbewerbsrecht kam vor einigen Jahren noch eine geringere Bedeutung in der Praxis zu. Mittlerweile spüren deutsche Unternehmen in China, allen voran die deutsche Automobilindustrie, dass diese Zeiten vorbei sind. Dies betrifft insbesondere den Vertrieb, das heißt die Preisgestaltung und Gewährung von Sonderkonditionen.	Die neue Sicherheitsgesetzgebung ist erst vor wenigen Monaten in Kraft getreten. Maßgeblich wird die konkrete Durchsetzung der Regularien gegenüber ausländischen Unternehmen in China sein, die sich vermutlich erst in den kommenden Monaten zeigen wird.



Umfrage zur Rechtsentwicklung 2015

Rödl & Partner www.roedl.com	<i>Chinas Staatsführung hat die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit als eine wesentliche Aufgabe definiert. Welche Trends sind zu beobachten?</i>	<i>Was bedeutet die Stärkung des Wettbewerbsrechts für das Engagement ausländischer Unternehmen in China?</i>	<i>Welche Auswirkungen hat die neue Sicherheitsgesetzgebung für das Tagesgeschäft ausländischer Firmen in China?</i>
	In der 4. Plenarsitzung des chinesischen Staatsrats im Oktober 2014 stand erstmals auch die Rechtsstaatlichkeit offiziell im Mittelpunkt. Die Rechtsstaatlichkeit wird in China allerdings schon seit vielen Jahren propagiert. Für ausländische Unternehmen ist sicherlich das damit einhergehende höhere Maß an Stabilität und Rechtssicherheit von Bedeutung. Allerdings können wir bislang keine entsprechenden Entwicklungen konstatieren. Vielmehr ist in der Praxis nach wie vor dasselbe Maß an Rechtsunsicherheit und Lokalprotektionismus in der gerichtlichen Rechtsdurchsetzung festzustellen.	Das Inkrafttreten des Antimonopolgesetzes im August 2008 war ein wesentlicher Schritt zur Stärkung des Wettbewerbs in China. Seitdem hat sich das Kartellrecht kontinuierlich weiterentwickelt und ist unter Beibehaltung chinesischer Charakteristika mittlerweile mit internationalen Standards vergleichbar. Für ausländische Unternehmen in China bedeutet das zunächst mehr Transparenz und Rechtssicherheit. Allerdings kann es im Zusammenhang mit der behördlichen Rechtsverfolgung zu unerwarteten und strengen Maßnahmen gegen ein angeblich widerrechtliches Verhalten ausländisch investierter Unternehmen kommen.	Die Vorschriften des neuen Sicherheitsgesetzes sind zum Teil recht vage gestaltet. Im Bereich M&A konkretisiert es jedoch Vorschriften, die eine Prüfung von Transaktionen bei Beteiligung ausländischer Investoren in sensiblen Sektoren vorschreibt. Der bisherige Entwurf des Foreign Investment Law sieht ebenfalls eine Sicherheitsprüfung in weiten Bereichen von ausländischen Investitionen vor. Die praktische Auswirkung auf das Tagesgeschäft von Unternehmen bleibt dabei noch abzuwarten. Zu befürchten ist allerdings, dass das Sicherheitsgesetz in Zukunft für ausländische Investoren weitere Verwaltungshürden bedeuten wird, die es zu nehmen gilt.



Immer an
Ihrer Seite.
Auch im Reich
der Mitte.

Vertrauen Sie auf das kompetente Zusammenspiel erfahrener Experten. Ein Team aus deutschen und chinesischen Anwälten mit dem Netzwerk einer internationalen Großkanzlei berät Sie zuverlässig vor Ort und von Deutschland aus: BEITEN BURKHARDT. An Ihrer Seite für die umfassende und internationale Beratung in allen Fragen des Wirtschaftsrechts. Mit rund 270 Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern an 10 Standorten in Deutschland, Belgien, Russland sowie China.

Beijing
Tel.: +86 10 85298110
Susanne.Rademacher@bblaw.com

Shanghai
Tel.: +86 21 60391200
Matthias.Mueller@bblaw.com

München
Tel.: +49 89 35065-0
Bjoern.Etgen@bblaw.com

WWW.BEITENBURKHARDT.COM



BEITEN BURKHARDT



Umfrage zur Rechtsentwicklung 2015

	Chinas Staatsführung hat die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit als eine wesentliche Aufgabe definiert. Welche Trends sind zu beobachten?	Was bedeutet die Stärkung des Wettbewerbsrechts für das Engagement ausländischer Unternehmen in China?	Welche Auswirkungen hat die neue Sicherheitsgesetzgebung für das Tagesgeschäft ausländischer Firmen in China?
Schulz Noack Bärwinkel www.snb-law.de	Der Grundsatzbeschluss des Zentralkomitees zur Rechtsstaatlichkeit hat bisher keine wesentlichen Fortschritte in der Praxis gebracht. Ob die neuen IP-Gerichte zu einer Verbesserung in der Rechtsprechung beitragen, bleibt noch abzuwarten. Allgemein scheinen die Gerichte daran festzuhalten, dass bestimmte Entscheidungen den Gerichtspräsidenten oder Vizepräsidenten zur vorherigen Bestätigung einzureichen sind. Anzeichen für eine rechtspolitische Steuerung der Gerichte nehmen eher zu.	Im Bereich des Kartellrechts ist deutlich festzustellen, dass Vorschriften nun aktiv umgesetzt werden, auch gegen ausländische Unternehmen. Bisher standen vor allem Preisabsprachen auf dem Prüfstand. In der Zukunft könnten auch andere Vertriebsbeschränkungen stärker überprüft werden als in der Vergangenheit.	Auswirkungen der neuen Sicherheitsgesetzgebung auf ausländische Firmen haben wir bisher in unserer Praxis noch nicht festgestellt.
Taylor Wessing www.taylorwessing.com	Es findet derzeit eine Justizreform statt, durch die Gerichte und Staatsanwaltschaften unabhängig werden sollen. In einem Pilotprojekt werden lokale Gerichte der Provinzebene unterstellt, um die auf kommunaler Ebene verbreitete Gefälligkeitsjustiz, lokalen Protektionismus und Verandelung von Parteifunktionären und Richtern zu erschweren. Dies ist ein erfreulicher Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit. Die übergeordnete Rolle der Kommunistischen Partei besteht allerdings uneingeschränkt weiter: Richter unterstehen der Partei. Gleichzeitig sind fragwürdige Trends zu beobachten, etwa das Vorgehen gegen Journalisten und Blogger.	Bei Verdacht auf Wettbewerbsverstöße könnten die chinesischen Wettbewerbsbehörden in Zukunft häufiger ausländische Unternehmen ins Visier nehmen, gegen sie ermitteln und bei Verstößen Sanktionen verhängen. Die Wettbewerbsbehörden sind motiviert, das Wettbewerbsrecht umzusetzen, da Verbraucher und Unternehmen von Preissenkungen seitens ausländischer Unternehmen und freiem Wettbewerb profitieren. Ausländische Unternehmen sollten bei ihrer Preisstrategie und ihrem Wettbewerbsverhalten vorbeugend mögliche negative Auswirkungen auf ihre Reputation bedenken, die das Öffentlichwerden solcher Ermittlungen haben kann.	Das Tagesgeschäft der meisten ausländischen Firmen wird nicht unmittelbar berührt. Am ehesten werden Technologie- und IT-Unternehmen betroffen, für die der Marktzugang erschwert werden kann. Aufgrund des vagen Begriffs »nationale Sicherheit« im Sinne des Sicherheitsgesetzes sind Sicherheitsbehörden zu weitreichenden Maßnahmen befugt, ohne dass eine ausreichende unabhängige Kontrolle der Verwaltung gewährleistet ist. IT-Produkte, die »möglicherweise die nationale Sicherheit gefährden«, unterliegen einer Sicherheitsprüfung. Dies kann dazu führen, dass zum Beispiel Banken künftig bevorzugt inländische IT-Produkte auswählen.
WZR Beijing Ltd. www.wzr-china.com	Chinas Staatsführung spricht ausdrücklich von einer Rechtsstaatlichkeit »chinesischer Prägung« und grenzt sich damit bewusst von Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Verständnis ab. In einem autokratischen System wie China kann es auch per se keine Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Verständnis geben, da dies eine Unabhängigkeit der Justiz gegenüber der Regierung voraussetzen würde. In China ist die Justiz jedoch gegenüber der KP berichtspflichtig. Allenfalls könnte man in China von einem gewissen Maß an Sicherheit für ausländische Investitionen sprechen, insbesondere in großen Städten wie Peking und Shanghai.	Die Einhaltung von Spielregeln im Wettbewerb ist immer gut. Allerdings gilt dies nur, wenn diese auch klar formuliert sind. Was zum Beispiel das in jüngster Zeit stark diskutierte Thema »Preisbindung der zweiten Hand« beziehungsweise die Festlegung von Kaufpreisen für Händler durch den Hersteller betrifft, gibt es leider weiterhin eine Vielzahl von Unsicherheiten. Insbesondere ist nicht abschließend geklärt, ob die Festlegung von (Wiederverkaufs-)Kaufpreisen durch die Hersteller per se verboten ist oder ob im Einzelfall eine tatsächliche Wettbewerbsbeschränkung durch die chinesischen Behörden nachgewiesen werden muss.	Das neue Sicherheitsgesetz ist wohl eher als eine politische Erklärung zu verstehen, die noch einer konkreten Umsetzung bedarf. Mehr Sorgen bereitet die »National Security Review« im Entwurf des geplanten Gesetzes zu ausländischen Investitionen. Die chinesischen Sicherheitsbehörden behalten sich danach vor, bei angenommener Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eine Unternehmensgründung oder -übernahme einer ausführlichen Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Die Prüfung kann auch nach Aufnahme der Geschäfte erfolgen. Problematisch ist, dass die Entscheidung der Sicherheitsbehörden nicht anfechtbar sein soll.